



Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.228.119

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6029/J-NR/2021

Wien, am 21. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat KO Herbert Kickl, Christian Hafenecker, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. März 2021 unter der Nr. **6029/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Erkundigungen im Justizministerium bezüglich laufender Ermittlungsverfahren in der Justiz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich auf Grundlage der mir zum 31. März 2021 zur Verfügung stehenden Informationen wie folgt:

Zum ersten Absatz der Anfrageeinleitung stelle ich klar, dass das Bundesministerium für Justiz bereits bevor Mag. K. Aktenmaterial an die Zentrale Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption übermittelte, Aktenteile des gegenständlichen Konvoluts dem Untersuchungsausschuss vorgelegt hat.

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *1. Wann und durch wen hat sich Bundeskanzler Sebastian Kurz über den Verfahrensstand in der Causa rund um den „Wiener Stadterweiterungsfonds“ im Justizministerium informieren lassen?*
 - a. Welche Personen im Bundesministerium für Justiz waren über diese Erkundigung des Kanzlers betreffend den Verfahrensstand in der Causa rund um den „Wiener Stadterweiterungsfonds“ informiert bzw. darüber involviert?*
 - b. Erfolgte die Erkundigung in der Causa auf formellem oder informellem Wege?*
 - c. Wurde die Informationseinholung durch den Kanzler veraktet bzw. schriftlich dokumentiert und wenn ja, wo und wie? Wenn nein, warum nicht?*

- 2. Welche Informationen hat Bundeskanzler Kurz konkret und in welchem Umfang von welchen Personen aus dem Justizressort bekommen und ist Ihnen bekannt bzw. hat der Bundeskanzler dem Justizministerium mitgeteilt, wozu er diese Informationen braucht und wie er mit ihnen umzugehen gedenkt?
 - a. Können Sie ausschließen, dass Bundeskanzler Kurz diese Informationen an Dritte weitergegeben hat bzw. Beschuldigten im Verfahren „Stadterweiterungsfonds“ bekanntgemacht hat?
 - b. Wenn nein, warum wurden dem Bundeskanzler derart sensible Informationen über den Verfahrensstand in der damals noch laufenden Ermittlungs-Causa rund um den „Wiener Stadterweiterungsfonds“ mitgeteilt?
- 3. Gibt es weitere Fälle außer dem Verfahren „Wiener Stadterweiterungsfonds“, zu denen Bundeskanzler Sebastian Kurz Erkundigungen betreffend laufende Ermittlungsverfahren im Justizministerium eingeholt hat?
 - a. Wenn ja, um welche Ermittlungsverfahren handelt es sich?
 - b. Wenn ja, bei welchen Personen erkundigte er sich, mit welcher Begründung und welche Informationen wurden ihm mitgeteilt?
 - c. Wenn nein, können Sie ausschließen, dass die Informationseinholung durch den Kanzler an der BMJ-Ressortführung vorbei erfolgte und direkt – etwa beim damaligen Strafrechts-Sektionschef Christian Pilnacek - erfolgte?
- 4. Auf welcher rechtlichen Basis und Grundlage erfolgt die Auskunft durch das Justizministerium über laufende Ermittlungsverfahren an den Bundeskanzler?
 - a. Können Sie eine missbräuchliche Verwendung der gegebenen Informationen wie etwa die Weitergabe an Beschuldigte durch den Bundeskanzler ausschließen?
 - b. Können Sie im Zuge der Verwendung der eingeholten Informationen durch den Bundeskanzler gesetzliche Verstöße wie Verletzung des Amtsgeheimnisses oder Amtsmissbrauch ausschließen?
- 5. Ist es aus Sicht und Erfahrung des Justizministeriums ein gängiger und üblicher Vorgang, dass ein Bundeskanzler im Justizministerium Informationen über laufende Strafverfahren einholt, wie Kurz das in Sachen „Wiener Stadterweiterungsfonds“ getan haben soll, oder handelt es sich dabei um einen „Einzelfall“?

Ich habe keine Wahrnehmungen zu allfälligen Auskunftersuchen des Herrn Bundeskanzlers Sebastian Kurz über laufende Strafverfahren, einschließlich der Causa „Wiener Stadterweiterungsfonds“. Solche Ersuchen wären weder gängig noch üblich.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

